



Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 3+4/2024

Einsamkeit – persönliches Problem,
gesellschaftliche Herausforderung,
politische Aufgabe?

Wolfgang Reeder > 5

Ludwig Erhard – ein evangelischer
Politiker und seine christliche Basis
des Wirtschaftens

Gunter Stemmler > 10



Strategie gegen Einsamkeit

Elisabeth Motschmann > 3



Liebe Leserin, lieber Leser,

auch in diesem Jahr haben wir vor der **Passions- bzw. Fastenzeit** natürlich wieder ausgiebig **Karneval im Rheinland** gefeiert. Karneval bedeutet: Man feiert das Leben, den „Spaß an d'r Freud“. Karneval symbolisiert für viele Heimatverbundenheit, denn wir feiern unsere rheinische Heimat, die kulturelle Offenheit und Toleranz. So wie eigentlich auch vor zwei Jahren.

Doch jener Karneval vor zwei Jahren wird uns immer in düsterer Erinnerung bleiben. Jene **Weiberfastnacht am 24. Februar 2022** war nämlich spürbar anders: Aus einem Tag, der für uns Rheinländer normalerweise ein Tag des Festes, des Feierns und der (Vor-)Freude sein sollte, wurde plötzlich Entsetzen, Erschütterung und Trauer. Als wir an jenem Morgen aufwachten, **startete Russland seinen brutalen völkerrechtswidrigen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine**. Eine tiefe Zäsur in unserer europäischen Geschichte!

Unsere Welt war auf einmal noch mehr in Unordnung. Ein konventioneller Eroberungskrieg in der Mitte Europas, plötzlich ganz nah und in unmittelbarer Nachbarschaft. Etwas, was wir im Zuge der jahrzehntelang fortschreitenden **Europäischen Integration** und unserer internationalen Bündnisse (**NATO**) seit 1945 nicht mehr für möglich, sondern längst für überwunden gehalten hatten. Unsere Gesellschaft sah sich plötzlich neuen Flüchtlingsströmen konfrontiert. Nachdem viele Bürgerinnen und Bürger aus privatem Engagement heraus Hilfsangebote organisiert hatten, galt es, den Menschen aus der Ukraine in Deutschland Zuflucht zu bieten und sie zu integrieren. Damals konnte man nicht unbedingt davon ausgehen, dass dieser Krieg heute noch andauern würde.

Machthaber Putin erkennt einen souveränen, demokratischen Staat nicht an. Er greift ihn an und versucht, das alte **Imperium aus der Sowjet-Zeit** wiederherzustellen. Er will die ukrainische Kultur, Sprache und Identität auslöschen. Er spricht den Menschen ihre Heimat ab. Dieser Angriff ist nicht nur ein gezielter Angriff auf unsere „westlichen Werte“, sondern ein **Angriff auch auf alle universalen Werte der zivilisierten Menschheit**. Ein Angriff eben gegen kulturelle Offenheit und Toleranz, und vor allem: gegen unsere freiheitliche Demokratie. Wir alle spüren: das Ziel Putins ist eine neue Weltordnung. Eine neue Weltordnung in der das Unrecht des Stärkeren gilt. Wir aber wollen eine Ordnung, in der nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts gilt!

Der katholische Militärbischof **Franz-Josef Overbeck** betonte im Dezember gegenüber dem Domradio, dass es sich beim Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, nicht einfach um eine Auseinandersetzung handle, indem er ihn treffend so benannte, wie es in Wirklichkeit ist: **„Das ist ein System-Krieg.“** Die Frage ist nämlich, ob das totalitäre oder das demokratische System siegt. Unsere westliche Gesellschaft sieht sich neuen Realitäten konfrontiert.

Und man muss es sich auch nach zwei brutalen und schrecklichen Jahren, zwei Jahren auch des intensiven politischen, gesellschaftlichen und auch kirchlichen Ringens, immer nüchtern klar machen: **Was würde ein Frieden um des Friedens willen bedeuten, wenn dieser brutal diktiert würde?** Können wir als Europa einfach zusehen, wenn ein souveräner Staat vernichtet wird?

Wir haben die NATO, Gott sei Dank! Aber wir erkennen nun, dass die Notwendigkeit, über ein eigenes verteidigungstaugliches Militär zu verfügen, steigt und an Bedeutung gewinnt. Die **Rolle der Bundeswehr** und ihre Reputation müssen neu bestimmt werden. Dies muss die Politik erkennen. Wir müssen als verlässlichen internationalen Partner angesehen werden. Wie hat doch die estnische Regierungschefin **Kaja Callas** kürzlich so treffend formuliert: „Die Freiheit muss besser bewaffnet sein als die Tyrannei.“

Man kann es in diesen **Zeiten der multiplen und unablässigen Krisen und Katastrophen** nicht oft genug aussprechen: Die Zeiten haben sich geändert. **Wir müssen Freiheit und Demokratie - nach innen und außen – verteidigen!** Und was das Ergebnis der kommenden **Präsidentenwahl in den USA** für unsere internationale Zusammenarbeit und Sicherheit bedeutet, können wir derzeit nur erahnen. Wir müssen aber vorbereitet sein. **Donald Trump** hat angekündigt, schwachen NATO-Zählern bei einem russischen Angriff den militärischen Beistand zu verweigern. Damit hat er die zentrale Sicherheitsgarantie der NATO infrage gestellt. Hierauf muss deutsche und europäische Politik ebenso reagieren. Wir müssen mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit übernehmen.

Trotz aller Sorgen über die gegenwärtigen Beschwerden bleiben wir als Christinnen und Christen jedoch zuversichtlich. Wir glauben und vertrauen auf den Frieden, der höher ist als alle unsere menschliche Vernunft. „Friede sei mit Euch!“, so lautet der Gruß des Auferstandenen. Von genau dieser Hoffnung kommen und leben wir mit jedem Atemzug und von dieser die Welt überwindenden und uns jetzt schon innerlich verwandelnden Hoffnung wollen wir uns darum auch in all unserem politischen Handeln, Trachten und Tun leiten lassen. „Der Herr ist auferstanden! – Er ist wahrhaftig auferstanden!“

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, und Ihren Lieben und Familien wünsche ich von ganzem Herzen ein frohes und gesegnetes Osterfest 2024!

Ihr

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Strategie gegen Einsamkeit

Beschluss der Bundesregierung vom 13. Dezember 2023

Elisabeth Motschmann

Während sich im politischen Berlin alles um den Bundeshaushalt 2024 sowie 2025 dreht, legte die Bundesregierung im Dezember 2023 eine „Strategie gegen Einsamkeit“ vor.

Diese Strategie läuft im Windschatten der Haushaltsprobleme. Dennoch ist der Zeitpunkt gut gewählt: Viele Menschen fühlen sich einsam. Jeder fünfte Bundesbürger lebt allein. Millionen Menschen (ca. 14 Prozent), die in Deutschland leben, sind zumindest zeitweilig einsam. Das diagnostizierte der Sozio-ökonomische Panel (SOEP) in den Jahren 2013 und 2017. Nach der Corona-Pandemie hat das Einsamkeitsproblem noch einmal zugenommen. Es ist ohne Frage ein ernstes, gesamtgesellschaftliches Problem. Betroffen sind insbesondere ältere und jüngere Menschen.

In Großbritannien hat man aus diesem Grunde bereits 2018 mit Tracey Crouch eine Einsamkeits-Ministerin ernannt, um Menschen aus der Isolation und Anonymität herauszuholen. Pionierin für das Thema Einsamkeit war Amy Perrin, die schon 2017 mit ihrem Charity-Trust eine Einsamkeitswoche (UK's „Loneliness Awareness Week“) ins Leben gerufen hat. Das Thema steht bei unseren englischen Nachbarn folglich schon länger auf der politischen Tagesordnung.

Bundesministerin für Familie, Jugend, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus möchte das Einsamkeitsproblem nun ebenfalls stärker in den Blick nehmen und ihm in der „Strategie

gegen Einsamkeit“ mit 111 Maßnahmen begegnen. Öffentlichkeitswirksam sang die Ministerin am Tag des Chorgesangs am 10. Dezember mit dem Berliner Kiez-Chor vor dem Berliner Hauptbahnhof Weihnachtslieder. Viele Passanten stimmten mit ein. Singen verbindet, schafft ein Gemeinschaftsgefühl und fördert damit den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Bisher galt Einsamkeit als ein subjektives Gefühl, bei dem die eigenen sozialen Beziehungen als defizitär empfunden werden. Vorbeugung und Bekämpfung von Einsamkeit soll nun erforscht werden. Ein „Einsamkeitsbarometer“ soll zuverlässige Aussagen über die Ursachen dieses Gefühls geben. Öffentlichkeitswirksame Aktionen sollen das Thema sichtbar machen, ein Kompetenznetz Einsamkeit (KNE) soll helfen, Menschen sollen sensibilisiert werden, um Einsamkeit aus der Tabu-Zone herauszuholen. Man geht davon aus, dass die Bekämpfung von Einsamkeit auch demokratiefördernd ist und Menschen bewegen kann, sich wieder stärker am gesellschaftlichen Leben sowie an Wahlen zu beteiligen.

Diese Initiative der Bundesregierung ist auf den ersten Blick durchaus löblich. Doch es ergeben sich viele Probleme. Ein psychisches Defizit ist schwerer zu reparieren als ein Bundeshaushalt. Nicht alles kann der Staat auffangen. Einsamkeit kann

„Nach der Corona-Pandemie hat das Einsamkeitsproblem noch einmal zugenommen.“

unverschuldet z.B. durch Krankheit oder den Verlust eines nahen Menschen entstehen, aber Einsamkeit ist nicht selten auch eine persönliche Entscheidung. Angebote für ein Leben in Gemeinschaft gibt es genug. Vereine ob im Kultur- oder Sozialbereich, im Sport, in der Politik werben händeringend um Mitglieder. Die Kirchen beklagen, dass ihre Gemeindemitglieder ihnen den Rücken kehren, Selbsthilfegruppen gibt es zu fast jedem Thema. Niederschwellig sind die meisten Angebote auch. Man muss sich allerdings entscheiden, seine vier Wände zu verlassen und all die ausgestreckten Hände zu ergreifen. Wer das nicht tut – vielleicht nicht tun kann – wird sehr schnell einsam.

Die Familie ist und bleibt die wichtigste Gemeinschaft, um Einsamkeit vorzubeugen. Ehe und Familie haben sich bewährt. Die Entscheidung, eine Familie zu gründen, ist aber wiederum sehr persönlich. In unserem Land leben immer mehr Singles, sei es durch den Verzicht, eine Ehe zu schließen oder durch Scheidung. Aus dieser Lebensfrage muss sich der Staat tunlichst heraushalten.

Schlimm genug, dass die Wertschätzung von Ehe und Familie in unserem Staat zu wünschen übriglässt. Finanzielle Zuwendungen wie Bürgergeld oder Kindergrundsicherung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Stellenwert von Ehe und Familie ständig gesunken ist. Dazu hat die 68-er Bewegung erheblich beigetragen. „Wer zweimal mit der Gleichen pennt, gehört schon zum Establishment“. Dieser Geist hallt bis heute nach. Ehe und Treue galten und gelten aber noch immer in manchen linken Kreisen als spießig und kleinbürgerlich.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich nicht nur für die Ehe für alle ein, sie schlagen schon seit langem eine Alternative zur Ehe vor, einen „Pakt für das Zusammenleben“, kurz „PaZ“. Die Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin der Grünen Franziska Brantner sieht darin einen „längst überfälligen Schritt, um den vielfältigen Formen des Miteinanders gerecht zu werden“. Dabei wissen wir, dass gerade im Alter die Familie ein nicht zu ersetzender, stabilisierender Faktor für Nähe und Empathie ist. Diese langfristige Verlässlichkeit haben die vielfältigen Formen des Miteinanders bisher nicht annähernd gezeigt.

Das Ehrenamt kann ein wirksames Mittel gegen Einsamkeit sein. Sich nicht ehrenamtlich zu beteiligen, ist jedoch eine sehr persönliche Entscheidung, die der Staat nicht beeinflussen kann, nicht mit der bestgemeinten „Strategie gegen Einsamkeit“ oder einem „Einsamkeitsbarometer“. Ehrenamt bedeutet den Einsatz von Zeit, mitunter auch von Geld, vor allem aber von der Bereitschaft, sich einzusetzen und anderen Menschen zu helfen.

» Schlimm genug, dass die Wertschätzung von Ehe und Familie in unserem Staat zu wünschen übriglässt. «

Das wiederum fällt vielen Menschen aus egoistischen Gründen schwer. Und Egoismus ist vielerorts eine Grundbefindlichkeit in unserer Gesellschaft.

Erstaunlich ist die Tatsache, dass die „Strategie gegen Einsamkeit“ von der Bundesregierung kommt und nicht von den Kirchen. Es ist ihr ureigenster Auftrag, sich um die „Mühseligen und Beladenen“, also auch um die Einsamen zu kümmern. Zwar wird es in den Kirchengemeinden zahlreiche Einzelinitiativen, Projekte und Zusammenkünfte gegen die Einsamkeit geben, eine große bundesweite Aktion fehlt. Da immer mehr Kirchengemeinden in den Städten und vor allem auf dem Land verwaissen, verzichten die Kirchen auf ihre wichtigste Basis. Wenn Pastoren in immer mehr übergemeindlichen Pfarrämtern und in den Kirchenverwaltungen eingesetzt werden, bleiben Ortsgemeinden und Pfarrhäuser verlassen. Verlassen werden dadurch auch Mitglieder von vielen Tausend Ortsgemeinden, gerade im ländlichen Raum. Verlassene Gemeindemitglieder verlassen in der Konsequenz ihre Kirche.

Angesichts einer immer stärker um sich greifenden Vereinsamung der Menschen in unserem Land, bleibt dem Staat nichts anderes übrig, als sich um dieses Problem zu kümmern. Interessant sind aber auch private Initiativen gegen die Einsamkeit. Schon werden erste „Einsamkeitsbeauftragte“ von Wohnungsbaugesellschaften engagiert, die sich um vereinsamte Menschen in den städtischen Hochhäusern kümmern. Erfolgversprechend ist auch ein Projekt in Mecklenburg-Vorpommern. „Bio24“ ist ein Start-Up gegen Einsamkeit, das im November 2023 in Poppendorf bei Rostock gegründet wurde. Ein Café, ein Dorfladen und eine Manufaktur gehören dazu. Hier produzieren zwei Brüder mit Senioren Lebensmittel in Bio-Qualität und schaffen damit einen Gegenpol zur Alterseinsamkeit sowie -armut.

Aktive Mitglieder einer Partei brauchen vielleicht keine „Strategie gegen Einsamkeit“, aber auch wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Einsamkeit ein Problem von Millionen Menschen in unserem Land ist. Viele von uns sind ehrenamtlich unterwegs und bekämpfen vor Ort die Einsamkeit von Betroffenen. Dafür kann sich der Staat gar nicht genug bedanken.



Elisabeth Motschmann

ist kooptiertes Mitglied im EAK-Bundesvorstand

Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite.



Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.





Einsamkeit...

persönliches Problem, gesellschaftliche Herausforderung, politische Aufgabe?

Wolfgang Reeder

„So habe ich oft erfahren, dass ich eben dann, wenn ich einsam war, in große, schwere Anfechtung und Verzweiflung gefallen bin. Zudem hat Gott den Menschen zur Gesellschaft und nicht zur Einsamkeit geschaffen“. Bekennt Martin Luther 1534 in seinen Tischgesprächen. Begründet damit „Warum Einsamkeit zu fliehen sei“. Zu fliehen – oder politisch zu bekämpfen?

Oder gilt, was der Philosoph Arthur Schopenhauer 300 Jahre später meint: „Der wahre, tiefe Friede des Herzens und die vollkommene Gemütsruhe, dieses, nächst der Gesundheit, höchste irdische Gut ist allein in der Einsamkeit zu finden.“ Nächst der Gesundheit? Im November 2023 zieht die Welt-Gesundheitsorganisation WHO eine Folgerung aus einer Reihe von Studien: Das Risiko, vorzeitig zu sterben, ist für einsame Menschen eher noch höher als durch Rauchen, Fettleibigkeit oder Luftverschmutzung. Die WHO setzt eine Kommission gegen Einsamkeit ein.

Auch im Koalitionsvertrag 2021 verkündete die Bundesregierung: „Wir schaffen einen Nationalen Präventionsplan sowie konkrete Maßnahmenpakete z.B. zu den Themen Alterszahngesundheit, Diabetes, Einsamkeit, Suizid, Wiederbelebung und Vorbeugung von klima- und umweltbedingten Gesundheitsschäden.“ (S.84) Und: „Wir werden seniorengerechte Ansätze auf allen staatlichen Ebenen und im digitalen Raum fördern. Dabei geht es u. a. um Partizipation, Engagement, soziale Sicherung,

Alltagshilfen, Wohnen, Mobilität, Gesundheitsvorsorge, Bildungs- und Begegnungsangebote und die Überwindung von Einsamkeit.“ (S.102)

Die bald zurückgetretene Bundes-Familienministerin Anne Spiegel ging jedenfalls organisatorisch schon einmal über die Zuordnung von „Einsamkeit“ zu 'Alterszahngesundheit' und 'Alltagshilfen' hinaus. Sie verkündete im Februar 2022 ein Projekt „Kompetenznetz Einsamkeit“. Nahm sich Frau Spiegel endlich eines dramatischen Problems unserer Gesellschaft an? Oder haben wir es mit einem neuen Fall immer weiteren Übergreifens von Politik auf persönliche Lebensgestaltung zu tun? (Und, wie schon in der Mainzer Zeit der früheren Ministerin, der Alimentierung eines spezifischen Klientels?) Sechs Fragen seien hier Thesenartig beantwortet – mit zwei ergänzenden Exkursen: Was ist Einsamkeit? Wie entsteht Einsamkeit? Was verursacht Einsamkeit? Was tun gegen Einsamkeit? Wo liegt politische Verantwortung? Wo liegt der Schlüssel zur Vorbeugung gegen Einsamkeit?

Was ist Einsamkeit?

Für eine wohl zunehmende Zahl von Menschen gilt: Mehr und mehr fehlen soziale Bindungen, oft sogar einfache soziale Kontakte. Selbst bei Existenz sozialer Kontakte haben offenbar viele Menschen die Empfindung, allein zu stehen, isoliert zu sein. Dabei sind von Einsamkeitsempfindungen dieselben

Gehirn-areale betroffen wie von körperlichen Schmerzen. Studien deuten in der Tat darauf hin, dass Einsamkeitsgefühle vorzeitige Demenz fördern können.

Wie entsteht Einsamkeit?

Im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung lösen sich gemeinschaftsbezogene Siedlungs- und Familienstrukturen auf. Schnell wachsende Großstädte gehen mit Anonymisierung einher. Häufige Auslöser von wahrgenommener Isolation sind Auflösung von Partnerbeziehungen durch Trennung, Scheidung, Tod eines Partners. Ortswechsel durch Arbeitsplatzwechsel bedeutet Verlust gewachsener sozialer Beziehungen. Besonders davon betroffen sind Kinder durch damit verbundenem Schulwechsel.

Was verursacht Einsamkeit?

Um mit Erscheinungen von Einsamkeit wirksam umzugehen, müssen wir Auslöser und Ursachen unterscheiden. Zu sozialen Ursachen gehören soziale Erfahrungen, ausgeschlossen, isoliert, gemobbt zu werden. Solche Erfahrungen können besonders bei Kindern und Jugendlichen zu schweren Beeinträchtigungen sozialer Kontaktfähigkeit führen.

Psychische Ursachen können in der kindlichen Entwicklung liegen. Haben Kinder in ihrer Entwicklung kaum Gelegenheiten zu Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, erfahren sie sich nicht als grundsätzlich akzeptiert, so kann gering ausgeprägtes Selbstbewusstsein die Folge sein. Geringes Selbstbewusstsein beeinträchtigt Bereitschaft und Fähigkeit zu sozialen Kontakten. Erwartungen mangelnder Akzeptanz tendieren zu Selbsterfüllung.

Technische Ursachen können in der Kompensation geringen Selbstbewusstseins und fehlender sozialer Kontakte durch Internetbasierte Scheinaktivitäten und Scheinkontakte mit hoher Suchtgefährdung liegen. Bei Personen mit stabilem Selbstbewusstsein dürften Internetbasierte Aktivitäten soziale Kontakte eher unterstützen und stabilisieren. Bei Personen mit labilem Selbstbewusstsein dürften sie soziale Kontakte eher ersetzen und damit die Unfähigkeit zu realen Kontakten verfestigen. (Solche Zusammenhänge würden uns klarer, wenn wir in unserem Sprachgebrauch den Marketingbegriff ‚Soziale Netzwerke‘ durch den technisch angemessenen Begriff ‚Digitale Netzwerke‘ ersetzen.)

Was tun gegen Einsamkeit?

Menschenwürde und freie Entfaltung der Persönlichkeit zu achten und zu schützen bedeutet: Bewältigung von Einsamkeit, Einsamkeit vorzubeugen, Einsamkeit zu überwinden ist nicht Aufgabe staatlicher Betreuung, nicht Aufgabe wohlfahrtsstaatlichen Unterhaltungsangebotes. Sondern ist vor allem eine Aufgabe selbstbestimmender Persönlichkeit. Ist die Aufgabe, sich die eigenen Fähigkeiten, die eigenen Leistungen, bewusst zu machen. Ist die Aufgabe, sich selbst zu akzeptieren. Ist die Aufgabe, gezielt Selbstwirksamkeitserlebnisse zu suchen.

Das Wagnis, uns des eigenen Verstandes zu bedienen, bedeutet, das Urteil Anderer über uns aufmerksam wahrzunehmen, ihre Kritik zu bedenken, aber unser Selbstbewusstsein unabhängig von Anderen zu bestimmen. Jeder, wirklich Jeder, kann einen Beitrag zum Gelingen von Zusammenleben leisten. Aufgabe ist es, diesen Beitrag, diese Beiträge möglichst klar, möglichst konkret zu bestimmen. Und zwar die Frage zu stellen – und zu beantworten: Was erwarte ich von

„Einsamkeit zu überwinden ist nicht Aufgabe staatlicher Betreuung, nicht Aufgabe wohlfahrtsstaatlichen Unterhaltungsangebotes.“

Anderen? Und was kann ich für Andere leisten? Sich so als wertvoll zu bestimmen und zu erfahren.

Unaufhörliche Erwartungen an Andere machen einsam – in Partnerschaft, Familie, Freundschaft, Beruf. Einsamkeit zu überwinden, bedeutet Kontakt aufzunehmen. Eine offene Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen Gesellungsformen, Gemeinschaftserlebnissen, Kooperationsformen bietet eine Fülle von Möglichkeiten, Kontakt aufzunehmen. Nötig ist der erste Schritt. Und: Aus dem Selbstbezug heraus zu treten und – was wir doch im Fernsehkonsum, besonders im Konsum von Fernsehserien oft tun: Interesse an Anderen entwickeln.

Exkurs I: Sicherheitsrisiko Einsamkeit

Kehren wir noch einmal zu Luther zurück: „Dagegen bewirkt Einsamkeit Schwermut und Traurigkeit. Da fällt dann allerlei Böses zum Schaden von Leib und Seele ein; da bewegt und betrachtet auch der Mensch allein das, was böse ist, mit großem Fleiß. Und wenn ihn etwa ein Unglück drückt und ängstigt, dann bildet es sich ihm so schwer und gefährlich ein, dass er selbst denkt, es gäbe keinen unseligeren Menschen als ihn; es sei auch niemand, dem seine Situation sich verschlechtere und einen so bösen Ausgang nehmen werde, wie er eben es vorzusehen und sich vorzustellen weiß. Kurz, ein solcher Mensch folgt immer eins aus dem anderen, und deutet alles zum Ärgsten. Um alles andere, so lässt er sich dünken, stehe es wohl, während es ihm weh tut und leid ist, dass es andern nach deren Willen hinausgeht, während ihm eben das Widerspiel begegne. Daher haben die Alten gesagt: Caput melancholicum est Diaboli paratum balneum (ein melancholischer Kopf ist eine Suhle des Teufels).“

„Ein melancholischer Kopf ist eine Suhle des Teufels (Luther).“

Martin Luther beschreibt hier mit überraschender Präzision (überraschend freilich nur für den, dem Luthers tiefes Verständnis für die menschliche Seele unbekannt blieb – ‘modern’ gesagt: Luthers psychologische Kompetenz) – also: Luther beschreibt hier mit überraschender Präzision die Ursachen von individuellen Amokläufen und der Anziehungskraft von Terrororganisationen. Auf ganze Gesellschaften gewendet formuliert Hannah Arendt: „Was moderne Menschen so leicht in die totalitären Bewegungen jagt und sie so gut vorbereitet für die totalitäre Herrschaft, ist die allenthalben zunehmende Verlassenheit. Es ist, als breche alles, was Menschen miteinander verbindet, in der Krise zusammen, so dass jeder von jedem verlassen ist und auf nichts mehr Verlass ist.“

Exkurs II: Einsamkeit und Heimatverlust

Verlassenheit – weniger dramatisch gesagt: Einsamkeit ist das Gefühl der Isolierung. Wir können auch von Entwurzelung sprechen. Woran denken wir, wenn wir von unseren „Wurzeln“ sprechen? Wir denken an die Familie, in die wir hineingeboren wurden, an Menschen, die unser Aufwachsen begleitet haben. Wenn wir recht überlegen, haben diese Erinnerungen immer auch einen räumlichen, einen regionalen Zusammenhang, von Landschaft, Siedlung, Sprache, Kultur. Von Heimat. Familie? Familie kann man sich nicht aussuchen, heißt es oft verächtlich. Aber liegt eben darin nicht auch eine LebensErfahrung, eine Lebensherausforderung, eine Lebenslehre? Die Chance zu lernen, mit Menschen zurechtzukommen, die wir uns nicht ausgesucht haben? Sicher – ohne das Bewusstsein von Gemeinsamkeit geht es nicht. Ohne die Gemeinsamkeit einer Aufgabe. Oder: Ohne die Gemeinsamkeit von Heimatbindung.

Kaum ein Heimatgefühl ist so prägend – durchaus über Generationen hinweg so prägend wie die Erfahrung verlorener Heimat. Verlorenem nachzutrauern freilich ist nur vorübergehend

gemeinschaftsbildend, ist produktiver, zukunftsgerichteter Gestaltung des eigenen Lebens kaum förderlich. Die auch bald 80 Jahre nach Kriegsende weiterhin tätigen Landsmannschaften der Vertriebenen haben mit Ihren Aktivitäten die Verbindung von gesicherter Erinnerung, gelebter Gegenwart und gestalteter Zukunft längst realisiert. Mit ihrer Gestaltung von Heimatbewusstsein, von Heimatkultur, verbinden sie Menschen über Regionen hinweg, wirken sie gemeinschaftsbildend. Und demonstrieren, wie Heimatbewusstsein mit gesellschaftlicher Integration in eins geht. Gesellschaftliche Integration leistend nicht durch Vergessen oder gar Verleugnen der eigenen kulturellen Herkunft, sondern gerade durch deren Bewusstsein und deren Zeugnis.

Heute stellt sich in unserem Land mit einer hohen Zahl an Zuwanderern zunehmend drängend die Frage, die Aufgabe gesellschaftlicher Integration. Könnten die Landsmannschaften mit ihrer Erfahrung, ihrer Gestaltung eines in der Tat langen Prozesses von Heimerinnerung und gesellschaftlicher Integration nicht auch ein offensiv zu kommunizierendes Vorbild sein für einen Prozess, den unser Land dringend braucht? Persönlich gibt es das schließlich längst – mit den Migrationsberatungsstellen des Bundes der Vertriebenen in elf Bundesländern. Kann es sinnvoll sein, diese auf Personen bezogenen Beiträge zu erweitern um die Präsentation auch gesellschaftsbezogener Beiträge zur Integration? Um Beiträge zum Überwinden von Entwurzelung – und so auch zum Überwinden von Einsamkeit?

Und wo liegt politische Verantwortung?

Wenn es richtig ist, das wesentliche Gründe für Einsamkeitsgefährdung in Kindheit und Jugend liegen, dann ist Einsamkeitsvorbeugung vor allem Aufgabe der elterlichen Erziehung. Ergänzend geht es um Aufgaben in Kindertagesstätten und Kindergärten, in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Gemeinschaftsbildende Lehr- und Arbeitsformen sind heute pädagogischer Standard. Projektarbeit ermöglicht Selbstwirksamkeits- und Gemeinschaftserfahrungen. Zur Stabilisierung von Persönlichkeiten brauchen Schulen Freiräume jenseits notenrelevanter Leistungen. Wichtiger als mancher unmittelbar leistungsbezogener Bildungsinhalt sind Freiräume für Erfahrungen von Kreativität und Gemeinschaft – Wahlpflichtangebote von Sport, Musik, Theater, Bildender Kunst. (Nicht Missions-, sondern) bekenntnisbezogener Religionsunterricht zielt auf Selbstreflexion und Selbstbewusstsein, eröffnet den Weg zum Gemeinschaftsraum Kirche, zur Kirchengemeinde.

Mit der Entwicklung zur Klein-, oft gar Kleinstfamilie, löst sich die Verbindung der Generationen auf. Damit bleiben wesentliche Leistungspotentiale gegenseitiger Unterstützung und Förderung der Generationen ungenutzt und verkümmern. Flächennutzungs- und Bauplanung sollten wir auf Möglichkeiten ausrichten, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und Zusammenleben der Generationen zu fördern. In der Baugebietsplanung sollten Investoren besonders berücksichtigt werden, die Begegnungsräume durch Quartiersgestaltung, durch Mehrgenerationenhäuser, vorsehen. Isolationserfahrungen bei berufsbedingtem Ortswechsel wirken übrigens fortschrittliche Unternehmen durch ein eigenes Integrationsmanagement für die Familien neuer Mitarbeiter entgegen. Anregung entsprechender Kooperationen von Unternehmen sollten Teil kommunaler Wirtschaftsförderung werden.

Wo nun liegt der Schlüssel zur Vorbeugung gegen Einsamkeit?

Reichen aber kommunale Maßnahmen aus? Brauchen wir angesichts des dramatischen Zuwachses an Einsamkeit nicht ein

Ministerium für Einsamkeit, wie 2018 in Großbritannien installiert? Brauchen wir angesichts dramatischer einsamkeitsfördernder gesellschaftlicher Entwicklungen, wie sie Diana Kinnert umfassend beschreibt, nicht grundlegende Veränderungen der (kapitalistischen) Gesellschaft? Schließlich folgen große Teile der Kulturszene marxistisch geprägter Gesellschaftskritik, die Einsamkeit als zwangsläufige Begleiterscheinung von Kapitalismus beschreibt: Volker Lösch, Regisseur einer Bonner Aufführung von Brecht/Weill „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“, erläutert die zentrale Idee seines Regiekonzepts: „Wenn ich kein Geld mehr habe, kann ich an dieser Gesellschaft nicht mehr partizipieren.“ (GA 07.09.2022, S.9)

Brauchen wir ein Ministerium für (oder gegen?) Einsamkeit? Das bedeutet nach aller Erfahrung Verwaltungsstellen und deren Finanzierung, Expertenprogramme und deren Finanzierung, Kongresse und deren Finanzierung, Agenturen und deren Finanzierung – Steuerfinanzierung. In vielen Politikbereichen können wir sehen, wie mit zusammen gerechnet Steuermilliarden Verwaltungsstellen, Experten, Kongresse, Agenturen finanziert werden – ohne dass nach dem Verhältnis von Aufwand und Ertrag gefragt wird.

Brauchen wir grundlegende Gesellschaftsveränderungen? Wir können von kapitalistischer Gesellschaft sprechen – mit ihren destruktiven Elementen. Wir können von offener Gesellschaft sprechen – mit ihren konstruktiven Elementen. Wer ein Anliegen hat, konstruktiv oder destruktiv, kann es organisieren, findet Aufmerksamkeit. Nehmen wir, anders als der Koalitionsvertrag, Einsamkeit nicht vorrangig als Altersproblem in den Blick.

Sehen wir uns neue Jugendstudien an. Bei Bertelsmann erfahren wir: „Auch einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, ist den meisten Jugendlichen (69 %) ein Anliegen.“ Und: „80 % der jungen Menschen sind überzeugt, dass sie gerne mehr Verantwortung übernehmen möchten“. Die Vodafone-Studie benennt einen für Persönlichkeitsentwicklung, für Selbstbewusstsein zentralen, oben genannten Begriff, begrenzt ihn hier allerdings auf Politik. „Darüber hinaus begleitet junge Menschen das Gefühl mangelnder Selbstwirksamkeit: Zwei Drittel der 14- bis 24-Jährigen (67 %) haben das Gefühl, Politik nicht beeinflussen zu können, und der Hälfte (50 %) fällt es schwer zu verstehen, wie Politik in Deutschland funktioniert.“

Offene Gesellschaft ist freilich sehr viel mehr als ein offenes, am Aufstieg neuer Parteien sichtbares offenes politisches System. Offene Gesellschaft erweist sich in dem, was heute „Zivilgesellschaft“ genannt wird – wenn denn der Mut fehlt, von Bürgergesellschaft zu sprechen – ein Begriff, der „citoyen“ und „bourgeois“ personal statt kollektiv integriert. Wenn wir „Bürgergesellschaft“ sagen, wird die wesentlich höhere Beteiligungsfrustration in Ostdeutschland verständlich. Lassen wir's einen in Thüringen geborenen und dort Arbeitenden sagen: „Nach einem Jahrhundert voller Brüche existieren in den neuen Ländern kein gewachsenes Bürgertum, keine größeren Konfessionsgruppen und keine stabilen politischen Milieus“ (Martin Debes: Thüringen als Politiklabor. General-Anzeiger Bonn 17.10.2020, S. 3).

Den Entwicklungszusammenhang von Bürgergesellschaft und demokratischer Verfassung hat der Jurist Hans Hattenhauer auf den Punkt gebracht: „Das Biedermeier war die Resignation des in der Restauration verzagenden Bürgersinns. Der Vereinsmeier war der in Beschränktheit abgeglittene Bürgersinn. Dazwischen war der Verein angesiedelt. Er wurde die Kinderstube der deutschen Demokratie.“ Vereine als Fundament der Bürgergesellschaft, Bürgergesellschaft als Fundament der Demokratie

„Brauchen wir ein Ministerium für (oder gegen?) Einsamkeit?“



– dieser Funktionszusammenhang bedeutet – siehe die Feststellung eines Thüringers: schwindende Bindungswirkung von Vereinen oder gar deren Fehlen beeinträchtigt auch die Bindungswirkung von Demokratie.

Damit wird „Verein“ zur Schlüsselgröße für Einsamkeitsvorbeugung. Vereine, Kirchengemeinden, Heimatverbände, Sportvereine, Hilfsorganisationen wie THW, DRK, (freiwillige) Feuerwehr, eine Vielzahl, alle denkbaren Aktivitäten erlaubende und erfordernde Formen von Bürgerengagement lassen Gemeinschaft und Selbstwirksamkeit erfahren.

„Die wichtigsten, weil alle Dimensionen von Personalität und Sozialität umfassenden Vereinigungen sind Kirchengemeinden.“

Selbstwirksamkeit? Also bestimmte Fähigkeiten erforderlich? Lokale Tauschringe mit Zeitkonten schaffen Verbindungen, überwinden – scheinbaren – Altruismus vieler Vereinsprofile. Nun ist Einsamkeit oft Folge von Selbstzweifeln, von Zweifeln an eigenen Fähigkeiten, an eigenen Leistungen. Die wichtigsten, weil alle Dimensionen von Personalität und Sozialität umfassenden Vereinigungen sind Kirchengemeinden. Sie ermöglichen Erfahrungen von Gemeinschaft und Selbstwirksamkeit, von Betreuung und Herausforderung, von Sinnorientierung und Engagement in ihren Zusammenhängen.

Nun wird Engagement in und für Vereine „Ehrenamt“ genannt – für junge Menschen wohl ein eher abschreckender Begriff. Dabei ist gerade in jungen Jahren Einüben von Gemeinsamkeit in Vereinen, Gemeinden, Hilfsorganisationen prägende Grundlage lebenslanger Gemeinschaftsorientierung, damit Vorbeugung gegen Einsamkeit. Die meisten von Vereinen selbst verbreiteten Medienberichte bestätigen allerdings eher, was Viele abschreckt: Formalia, Tagesordnungen, Kassenberichte, Wahlen, Ehrungen bestimmen den Eindruck verfestigter Strukturen,

geringer Generationendynamik, den Eindruck von Personen statt Aufgabenorientierung.

Wir brauchen nicht das Regierungsamtliche Selbstbeschäftigungsprogramm eines Ministeriums, schon gar nicht eines Ministeriums gegen Einsamkeit. Aktionen gegen Einsamkeit müssen Aktionen sein für Kirchengemeinden, für Vereine, für Hilfsorganisationen. Aktionen für die Vielfalt von Vereinen, die jedes Interesse, jede Fähigkeit aufnehmen können. Drei Maßnahmen müssen diese Aktionen bestimmen.

Erstens Kampagnen: Ein Tag der Vereine, ein Tag, an dem sich die lokalen, regionalen Vereine präsentieren, mit eigenen Ständen, in der Art einer Messe der Vereine. Am besten auf einem oder auch neben einem Schulhof, begleitet von Schülerorchestern und Schülerbands.

Zweitens Training: Vor Jahren hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Seminarreihe „Vereinsmanagement“ eingerichtet, zu dem ich zwei Programme beisteuern konnte. Das eine Programm: „Projekte im Vereinsmanagement“. Beindruckend war das Maß an Findigkeit, das Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Konzeption konkreter Projekte nicht nur thematisch entwickelten, sondern auch in Hinblick auf Organisation und Ressourcenbeschaffung. Sie konkretisierten damit Fähigkeiten, deren Bedeutung ich ihnen demonstrieren wollte: Im Vereinsmanagement trainierten sie Fähigkeiten, die ihnen auch im Berufsleben zugutekommen. Das zweite Programm: „Vernetzung im Vereinsmanagement“. Teilnehmerinnen und Teilnehmer entdeckten Möglichkeiten organisatorischer Zusammenarbeit, mit denen sie zwei wesentlichen Gefährdungen der Vereinsarbeit entgegenwirken können: Nachwuchsmangel,

„Wir brauchen nicht das regierungsamtliche Selbstbeschäftigungsprogramm eines Ministeriums.“

Ressourcenmangel. Faszinierend war die Kreativität der Beteiligten bei der Entwicklung von kooperativen Projekten – z.B. in Kooperation einer Senioren-, einer Jugend-, einer Behinderten-, einer Sportlergruppe.

Drittens Förderung: Kommunen fördern Vereine in vielfältiger Weise. Jedenfalls einmal in einer Wahlperiode sollte die Kommune zu einer Konferenz der Vereine der Stadt oder des Stadtbezirks einladen, extern moderiert. Bei sonst gleichen Rahmenbedingungen weisen Kommunen mit lebendigem Vereinsleben eine höhere wirtschaftliche Dynamik auf als Kommunen mit schwindendem Vereinsleben. Wichtiger als kommunale Stellen für Stadtmarketing, das privat als Verein oder Gesellschaft wirksamer organisiert werden kann, ist eine kommunale Anlaufstelle für Vereinsmanagement auf Stadt- oder Kreisebene. Damit können die Kommunen Vereinen Hilfestellung leisten für Stabilisierung und Professionalisierung der Vereinsverwaltung – und so auch dem Mitgliederschwund von Vereinen entgegenwirken. Es gibt auf allen Ebenen, in Organisationen und Unternehmen eine nicht überschaubare Vielzahl von Förderungen für Vereinsprojekte. Eine kommunale Anlaufstelle kann durch Information und Vermittlung Vereine unterstützen. Die Anlaufstelle sollte auch Ansprechpartner und Stabilisierungsförderer sein für Selbsthilfegruppen, in denen sich Menschen nach einsamkeitsfördernden Schicksalsschlägen zusammenfinden.

Die CDU hat beschlossen, ein verpflichtendes Deutschlandjahr anzustreben. Statt sich auf Anträge zu konzentrieren, mit, wenn überhaupt, allenfalls langfristiger Realisierungschance, könnte die Partei die doppelte Funktion eines entsprechenden Dienstes schon jetzt für eine Vereinskampagne nutzen: Die doppelte Funktion können wir auf zwei, in Kampagnen umsetzbare Formeln bringen: (a) „Wir brauchen DICH“ (b) „Wir bieten DIR“. „Wir brauchen Dich“: Vereine eröffnen Selbstunsicheren, Selbstzweifelnden unschätzbare Selbstwirksamkeits- und Gemeinschaftserfahrungen. „Wir bieten Dir“: Vereine bieten auch für das Berufsleben unschätzbare Kooperations- und Qualifikationserfahrungen. Nicht staatliche Programme oder gar Ministerialorganisationen, sondern Selbstwirksamkeits- und Gemeinschaftserfahrungen, Kooperations- und Qualifikationserfahrungen sind wirksamste Vorbeugung gegen Einsamkeit.



Wolfgang Reeder

Jahrgang 1945, ist Landesvorsitzender des EAK Rheinland-Pfalz

Martin Luthers Tischrede «Warum Einsamkeit zu fliehen sein» von 1534 in: Werke, hrsg.v. Kurt Aland. Frankfurt Main 1982, Band 6, S. 152–153

Das Bekenntnis zur Einsamkeit formuliert Arthur Schopenhauer in seinen 1851 erschienenen „Pererger und Paraligomena“. Sämtliche Werke, Leipzig 1919, S.448

Der Landtag NRW hatte 2020 eine Enquête-Kommission «Einsamkeit» eingerichtet. Deren Ergebnis: Landtags-Drucksache 17/16750, 08.03.2022

Diana Kinnerts 450 Seiten starke Studie „Die neue Einsamkeit“ ist 2021 in Hamburg erschienen.

Den Zusammenhang von Einsamkeit, Terror, Totalitarismus beschreibt Hanna Arendt in Kapitel 13 von „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft.“ Frankfurt Main 1962, hier S. 698

Die genannten Jugend-Studien sind:

Liz Mohn-Center Bertelsmann Stiftung: „Was bewegt die Jugend in Deutschland?“ Trilogue Salzburg Policy Brief 08.2022

Vodafone Stiftung Deutschland: Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik und Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. Düsseldorf 2022

Hans Hattenhauer benennt den Zusammenhang von Verein und Demokratie in: Die geistesgeschichtlichen

Grundlagen des deutschen Rechts. Heidelberg (4)1996, S. 147.

Übersichten über meine Programme zum Vereins-Management sind zu finden auf meiner Homepage

www.w-reeder.de, in der Abteilung „Leserliches“

- Projekte im Verbands-Management. Leserliches, Jahrgang 2014
- VerEint sind wir stark – VerNetz sind wir stärker. Leserliches, Jahrgang 2010
- Vereine, Ehrenamt, Selbsthilfe – Fundamente einer lebendigen Stadt. Leserliches, Jahrgang 2014

Dort sind auch angesprochene Alternativen zum „Stadtmarketing“ nachzulesen:

- Stadtmarketing – Ansätze, Aufgaben, Arbeitsschritte. Leserliches Jahrgang 2019



Ludwig Erhard

Ein evangelischer Politiker und seine christliche Basis des Wirtschaftens

Gunter Stemmler

Er ist die Wahlkampf-Lokomotive bereits für die erste Bundestagswahl im August 1949 gewesen: Ludwig Erhard mobilisierte ein Jahr nach der Währungsreform wichtige Wählerkreise für den Sieg der CDU. Diese zusätzlichen Stimmen reichten Adenauer aus, um die erste Bundesregierung bilden zu können; schließlich hatte es damals noch Parteien mit erheblichem Zuspruch gegeben wie die Bayernpartei, die Deutsche Partei, die Deutsche Zentrumspartei oder die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung.

Das Eintreten für eine marktwirtschaftliche Ordnung war in jener Zeit ein kontroverses Thema. Erst mit dem „Wirtschaftswunder“ etablierte sich mehr und mehr die Vorstellung von einer Sozialen Marktwirtschaft in der Gesellschaft. Auf dieser Basis konnte Erhard bei den späteren Wahlkämpfen viele gewinnen, die CDU in der Wahlkabine anzukreuzen.

Als bundesdeutscher Wirtschaftsminister ist Ludwig Erhard die Inkarnation der protestantischen Wirtschaftsethik gewesen. Zu seinem Verständnis der Marktwirtschaft gehörte auch die Abwehr des Kommunismus mit seinem atheistischen Materialismus wie auch dessen Kollektivismus. Stattdessen sollte es für ihn eine Gesellschaft in der Bundesrepublik geben, in deren Mittelpunkt er das Gemeinwohl sah statt der selbstsüchtigen Vertretung der eigenen Interessen. Ludwig Erhard ist als CDU-Politiker mit dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU eng verbunden gewesen. Wie war Erhards Christsein?

Ökumene in der elterlichen Familie

Ludwig Erhards Eltern lebten in einer „Mischehe“: sein Vater war katholisch und seine Mutter protestantisch. Als berühmter

Politiker in der „Union“, die auch ein Zusammengehen katholischer und evangelischer Politikerinnen und Politiker auf ihre Fahnen geschrieben hatte, stellte Erhard diese Seite seiner Familie als tolerant dar. Er behauptete sogar, daß sich bei Konfirmationen und Familienfeiern auch gelegentlich der katholische Geistliche sehen ließ. Da sein Vater nur ein Geschäft für Kinder- und Unterbekleidung führte, wird sehr wahrscheinlich kein Pfarrer gekommen sein; denn als Ludwig 1897 geboren wurde, was es eine kinderreiche Zeit, so daß die Pfarrer allein ausgewählte Familien besuchen konnten. Und in Fürth gab es noch etwas später einen einzigen Priester für etwa 15.000 Katholiken. Erhard hat sein Elternhaus nicht als fromm, jedoch immerhin als religiös dargestellt. Er und seine Geschwister sind lutherisch getauft worden. Bei ihm geschah dies 20 Tage nach seiner Geburt durch eine Haustaufe. Die Konfirmation fand 1910 in der Fürther Michaeliskirche statt. Es stellt sich die Frage, warum sie evangelisch erzogen worden sind: Setzte sich die Mutter durch? Lag es daran, daß ihre Eltern das Geschäft mitfinanziert hatten? Oder hatte Erhards katholischer Vater aus Toleranz dies akzeptiert? War sein Vater ökumenisch gesinnt, oder hat er Vorbehalte gegen seine eigene Kirche gehabt?

Christliche Lebensstationen

Erhard heiratete kirchlich die evangelische Luise Schuster, geb. Lotter. Sie war eine Kriegerwitwe. Dies geschah Ende 1923. Die gemeinsame Tochter Elisabeth wurde im März 1926 geboren und dann während des Augusts im Hause getauft. Als Erhard verstarb, gab es nicht nur einen Staatsakt in Bonn, sondern – was kaum bekannt ist – eine Trauerfeier

in der katholischen Pfarrkirche St. Quirinius in Tegernsee. Die Beisetzung selbst geschah in der Nähe auf dem Bergfriedhof in Gmund, wo die Erhards seit den 50er Jahren gewohnt hatten. Sie wurde vorgenommen durch den evangelischen Bischof Herrmann Kunst, der dafür auf Erhards Konfirmationsspruch zurückgriff: „Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben.“ (Offenbarung 2, Vers 10).

Christsein im Alltag

Seine Frau Luise und er gehörten in Gmund zur evangelischen Erlöserkirche, die 1952 errichtet worden war. In Bonn waren sie in der Gemeinde der Auferstehungskirche seit 1957. Aussagen dazu, wie häufig er Gottesdienste besuchte, schwanken – vermutlich je nach Rücksichtnahme auf ihn: Er wird in die Kirche gegangen sein an den hohen Festtagen und zu Anlässen der Familie und von Freunden; darüber hinaus wird er wohl nur sporadisch den Weg dahin gefunden haben. Er war nicht derjenige, der seine Religiosität wie einen Orden am Revers trug. Das ist von seiner Herkunft auch nicht zu erwarten; er wird wie seine Eltern nicht der frömmelnde Typ gewesen sein. So sprach er lieber von „Gläubigkeit“ als vom „Glauben“. Zugleich zeigen sich in seinen Reden immer wieder Zitate oder Bilder aus der Heiligen Schrift. Hinzu kommen biblische Begriffe sowie von ihm als christlich verstandene Bezüge und Kategorien, zum Beispiel „Freiheit“ oder „Verantwortung“. Er konnte seine religiöse Seite mittels Humors präsentieren: „Ich weiß, daß ich manchmal sündige. Aber ich weiß es jedenfalls noch, wann ich sündige; ich bin mir’s vor meinem Gewissen jedenfalls bewußt, und das ist der Beweis dafür, daß es eben nicht eingeschlafen ist.“

Theologie und Ethik

Mit Bischof Hermann Kunst ist Erhard befreundet gewesen; und Erhard war für ihn aktiv, um die Neutestamentliche Textforschung zu unterstützen: Von daher gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Hermann Kunst-Stiftung im Jahr 1964 und war Vorsitzender des Kuratoriums von dessen konstituierender Sitzung 1967 bis zu seinem Tod.

Eine Nähe zu abstrakten Gedanken ist bei ihm erkennbar. Was die wissenschaftliche Lehre durch ihn selbst anbelangt, so hat Erhard – der sich als Wirtschaftswissenschaftler sah – zeit seines Lebens kein Interesse daran gezeigt. Das hinderte ihn nicht daran, sich über Ehrenpromotionen zu freuen, die ihm als Politiker angetragen wurden. Er kam dabei auf 20 Würdigungen und überdies auf drei Honorarprofessuren.

Weil mehrere katholische Universitäten ihn auszeichneten, begrüßte er entschieden einen theologischen Ehrendoktor, den er vom lutherischen Wartburg College in Waverly, Iowa, erhielt. In der Laudatio wurde darauf verwiesen, daß Erhard als lutherischer Laie in einer überwiegend katholischen Partei wirke. Sein Engagement dort basiere auf christlichen Prinzipien im Allgemeinen wie in der Wirtschaftspolitik im besonderen. Gesondert wurde er gelobt, weil er Führungskräften in lutherischen Kirchen Westdeutschlands unterstützt habe, die sich für Mitchristen in der DDR einsetzten.

Ludwig Erhard sagte in seiner auf Englisch gesprochene Dankesrede: „Es soll kein Pauschalurteil sein, wenn ich das sage, daß ich mir nicht sicher bin, ob ein äußerliches religiöses Bekenntnis notwendigerweise mit einem christlichen Geist identisch ist.“ Darüber hinaus reflektierte er in seinem Dank für diese Ehrung über die Aufgaben, die ein christlicher Laie im politischen Leben wie auch im Bereich der Wirtschaft habe. Dabei sprach er Themen an wie das Gewissen sowie die „Freiheit eines Christenmenschen“. Er begrüßte es, wenn Ziele aus christlicher Gesinnung

angestrebt werden durch mancherlei Aktivität. Als ein Geschöpf Gottes, das Vergebung und Gnade erlebe, könne der Mensch damit wirksam werden. Diese Leistungen im Alltag schätzte Ludwig Erhard deutlich höher ein als frommes Auftreten.

In seinen Dankesworten erklärte er zudem, daß zur Sozialen Marktwirtschaft ein ehrlicher Wettbewerb mit einer unabhängigen Monopolkontrolle gehöre: wer frei handeln möchte, müsse sich dem Wettbewerb stellen und sich fernhalten vom Streben nach einer machtvollen Stellung im Markt. Wer über Marktmacht verfüge, also nicht dem Wettbewerb unterliege, dürfe nicht frei sein. An dieser Stelle beklagte er sich, daß es bei der zeitgenössischen Dominanz von Gruppen einen Mangel an ethischem Mut im Leben gebe.

Soziale Marktwirtschaft

In der wissenschaftlichen Literatur wird in seinem „christlich-protestantische[n] Glaube[n] eine wichtige Quelle für .. [sein] gesellschaftspolitisches Engagement“ gesehen (Nils Goldschmidt). Erhard war ein Bundeswirtschaftsminister, der zum Ordoliberalismus gezählt wird. „Der Staat schafft Regeln, die der Markt aus sich heraus nicht hervorbringen kann. Er setzt dem Markt damit Grenzen, ermöglicht aber auch seine Funktionsfähigkeit.“ (Matthias Zimmer). Erhard als evangelischer „Unions“-Politiker konnte zugleich zu einer Symbolfigur werden, der für die sich ergänzenden Wurzeln der Katholischen Soziallehre und der Protestantischen Sozialethik in der Sozialen Marktwirtschaft steht. Denn diese Wirtschaftsordnung ist zentral ethisch begründete, fußt somit auf der Person. Zum Kontext gehört dann auch die „Sozialpartnerschaft, das Miteinander von Kapitel und Arbeit“ (Julius H. Schoeps). Der auf diese Weise erreichte allgemeine Wohlstand „stärkt den Souverän“ (Hans-Jörg Naumer) und bildet zugleich einen tragenden politischen wie auch gesellschaftlichen Rahmen.

Gemeinsinn und Zurückhaltung

Dieser weithin bekannte Politiker empfahl die Mäßigung als Lebensziel. Verbunden war dies mit dem Ziel, das Bewußtsein für das Allgemeinwohl zu stärken. Und so versuchte Erhard schließlich, solche Ziele mit dem Terminus der „Formierten Gesellschaft“ zu erreichen; dies erwies sich als ein unglücklicher Begriff, der letztlich kontraproduktiv wirkte. Dabei hatte diese Initiative auch mit evangelischen Vorstellungen zu tun, was deutlich wird in seinen Worten: „Die Formierte Gesellschaft ist eigentlich im besten Sinne des Wortes die Gesellschaft der christlichen Solidarität.“ Denn er hatte erkannt, wie wenig Sinngebung für das Leben als Mensch ein Wohlstand an sich schafft: Man komme „dem Zeitpunkt näher, zu dem der einzelne sich sagt: ‘Das kann nicht der Sinn des Lebens sein.’ Und dann müssen wir bereit und in der Lage sein, ihm darauf eine Antwort zu geben. Darin sehe ich unsere christliche Verpflichtung.“ Vielleicht lag Erhards Schwäche bei diesem Bemühen darin, daß er Bescheidenheit für andere predigte, während er selbst doch eher ein Bonvivant gewesen ist?



Gunter Stemmler

ist promovierter Historiker und
Ltd. Magistratsdirektor in Frankfurt a.M.

EAK in Hamburg: Europa als Wertegemeinschaft stärken

In der auf der Landesmitgliederversammlung des EAK-Hamburgs kürzlich verabschiedeten Resolution „Europa als Wertegemeinschaft stärken“ heißt es: „Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte sind zentrale Merkmale der europäischen Idee. Nach dem Zusammenbruch der barbarischen Herrschaft des Nazi-Regimes setzte sich in der Folgezeit die Erkenntnis durch, dass ein geeintes Europa Frieden und Freundschaft unter den Völkern schafft. Für den Westen bedeutete dies die längste ununterbrochene Friedensphase der Geschichte.“

Seit der Zeit Konrad Adenauers ist die CDU die Europapartei Deutschlands. Sie setzt sich für eine enge Zusammenarbeit innerhalb Europas ein und hat maßgeblich zur Entwicklung der Europäischen Union und damit zum Frieden in Europa beigetragen.

Nun sind aber diese Errungenschaften gefährdet: Zum einen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und zum anderen durch demokratiefeindliche Bestrebungen in mehreren Mitgliedsstaaten der EU. Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Menschenrechte sind nicht mehr überall gewährleistet in den entstehenden illiberalen Demokratien.

Das Aufkommen rechtspopulistischer und zum Teil rechtsextremer Strömungen darf uns nicht gleichgültig sein. Diese

Entwicklung schwächt Europa als Wertegemeinschaft und setzt den Frieden aufs Spiel. Dies ist zudem gefährlich, weil nur ein geeintes, starkes Europa die Zukunft unseres Kontinents und der Nationalstaaten sichern kann, denn Europa ist unsere Zukunft: Alle wesentlichen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht auf nationalstaatlicher Ebene bewältigen. Das gilt für den Klimawandel ebenso wie für die zunehmende Zahl an Flüchtlingen und die Verteidigungsfähigkeit eines demokratischen und rechtsstaatlichen Europas. Einer funktionierenden Europäischen Union kommt eine zentrale Bedeutung zu, wollen wir im globalen Wettbewerb der politischen und wirtschaftlichen Systeme auch künftig bestehen können.

Europa ist unsere gemeinsame Aufgabe und Europa ist unsere gemeinsame Zukunft. Diese Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten haben wir gemeinsam zu sichern auf der Basis unserer gemeinsamen Grundwerte. Entsprechend groß ist die Relevanz der Wahlen zum Europaparlament am 9. Juni dieses Jahres. Wir fordern alle Wählerinnen und Wähler auf, mit einem starken demokratischen Mandat Europa zu stärken.“

(Sybille Möller-Fiedler)

Der neugewählte EAK-Landesvorstand setzt sich wie folgt zusammen: (v.l.n.r.) Dr. Maximilian Willner (Stv. Vorsitzender), Dr. Martin Busch (Stv. Vorsitzender), Sybille Möller-Fiedler (Vorsitzende), Dietrich Wersich (Beisitzer), Sebastian Orth (Beisitzer), Vanessa Nasielski (Schriftführerin). Nicht auf dem Bild: Prof. Dr. Axel Hanauske, Susanne Koslowski, Antje Müller, Dr. Kaja Steffens



„Wie politisch darf die Kirche sein?“

EAK-Kreisverband Rotenburg (Wümme) diskutiert ein brisantes Thema

Kürzlich hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU (EAK), Kreisverband Rotenburg (Wümme), einen Vortrags- und Gesprächsabend zum Thema „Wie politisch darf die Kirche sein?“ im Gemeindehaus der Ev.-luth. Kirchengemeinde Scheeßel durchgeführt. Der EAK-Kreisvorsitzende Albert Rathjen konnte neben einer großen Zahl von Besucherinnen und Besuchern auch den Superintendenten des Ev.-luth. Kirchenkreises Rotenburg, Dr. Michael Blömer, als Referenten begrüßen.

Der Referent machte deutlich, „dass diese Frage die Kirche sehr beschäftigt und auch in ihren Reihen kontrovers diskutiert wird“. Allerdings gebe es ja gar nicht die Kirche, weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart. Denn man habe es ja mit verschiedenen Kirchen zu tun. So gebe es heute zu vielen politischen Fragen nicht eine einheitliche Position. „Aber die unterschiedlichen Ansätze, die sich heute in unserer Kirche finden, lassen sich nur verstehen, wenn man in die Geschichte blickt“, so Dr. Blömer.

Altes und Neues Testament

Im Alten Testament werde uns von Propheten berichtet, „die sich von Gott berufen fühlten und in seinem Auftrag mahnende Worte an die herrschende Klasse richteten“. Es sei die Absicht gewesen, die Witwen und Waisen, die Armen und Unterdrückten zu schützen und für Gerechtigkeit einzutreten. Aber wie politisch sei Jesus gewesen? Darüber habe man sehr kontrovers diskutiert. Für die einen sei Jesus ein Revolutionär gewesen, der sich für die Armen, die sozial Schwachen und die Verstoßenen eingesetzt habe. Für die anderen sei Jesus ein Mann gewesen, der vor allem über die Liebe Gottes geredet habe. Er habe die Elite kritisiert, aber aus der Politik habe er sich herausgehalten. Als man ihn gefragt habe, ob man dem verhassten römischen Kaiser Steuern zahlen solle, habe er geantwortet: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist.“ Jesus habe damit die Herrschaft des römischen Kaisers nicht in Frage gestellt, sondern klargestellt, dass seine Forderung nach Steuern legitim sei und erfüllt werden müsse. Am Ende hatte er zu Pilatus gesagt: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt, dann hätten meine Diener für mich gekämpft.“ Und dann habe er sein Todesurteil, ausgesprochen von Pilatus, akzeptiert.

Martin Luther und die Politik

Martin Luther habe mit seiner „Zwei-Regimenten-Lehre“ für neue Klarheit gesorgt und versucht, Kirche und Staat ihre jeweiligen Aufgaben zuzuordnen. In Anlehnung an Paulus sei jede staatliche Obrigkeit von Gott dazu eingesetzt, für Recht, Ordnung und Frieden zu sorgen. Ohne staatliche Ordnung versinke ein Land in Chaos und Anarchie. „Damit Recht und Ordnung herrschen, muss das Böse zur Not mit Gewalt eingedämmt werden“, so Dr. Blömer. Der Christ solle sich der staatlichen Gewalt



Von links nach rechts: Vorsitzender des Gemeindeverbandes Scheeßel Günter Bassen, Eike Holsten MdL, Superintendent Dr. Michael Blömer und EAK-Kreisvorsitzender Albert Rathjen

unterordnen und sie nicht in Frage stellen. Der Dienst mit der Waffe sei für einen Christen sogar geboten, wenn dadurch dem Bösen im Inneren gewehrt oder ein Feind von außen abgewehrt werden müsse. „Die Kirche hat die Aufgabe, das Evangelium zu predigen und die Menschen zur Liebe zu ermahnen. Das Gebot, seinen Feind zu lieben und ihm die Wange hinzuhalten, bezieht sich nur auf einen einzelnen Christen, der in der Auseinandersetzung mit einem Mitmenschen lebt“, so der Referent.

Neuzeit

Im Vorfeld und zu Beginn des Ersten Weltkrieges und auch noch im Zweiten Weltkrieg sei in kirchlichen Äußerungen und Predigten der Krieg als Ausdruck des Willens Gottes dargestellt, heroisiert und verklärt worden. Im Dritten Reich habe es vereinzelt offene Proteste der Kirche gegen den Nationalsozialismus gegeben, vor allem in der Bekennenden Kirche. Kritik an der Politik der Nazis sei natürlich auch lebensgefährlich gewesen. „Rückblickend muss man erkennen, dass die Kirchen sich über Jahrhunderte hinweg von den Obrigkeiten haben instrumentalisieren lassen“, so Dr. Blömer.

Vor diesem Hintergrund sei es nur zu verständlich, dass die Evangelische Kirche seither explizit von einem Öffentlichkeitsauftrag spreche. Manche seien sogar der Meinung, dass die Kirche ein politisches Wächteramt habe. „Nie wieder will sich die Kirche vorwerfen lassen, sie hätte die Zeichen der Zeit nicht erkannt“, so der Referent.

Kirche ist immer politisch

Etwa die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland gehöre immer noch zu den beiden großen Kirchen. Damit seien die Kirchen gesellschaftliche Größen und politische Faktoren. „Sie können gar nicht unpolitisch sein. Auch wenn sie sich nicht äußern, sagen sie damit etwas aus. Sie akzeptieren und tolerieren das Bestehende und bestätigen es dadurch. Das Schweigen zum Holocaust muss darum als schwere Schuld der Kirchen betrachtet werden“, so Dr. Blömer. Mit dem Grundgesetz sei abgesichert, dass in Deutschland die Würde jedes einzelnen Menschen zu achten und zu schützen sei und damit Freiheit, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Frieden gewollt seien. Somit gebe es eine grundlegende Übereinstimmung zwischen dem, „was der Staat will, und dem, was die Kirchen von einem Staat erwarten“. Für die Kirchen sei das eine komfortable Lage.

Anders sei die Lage für die Kirche in der damaligen DDR gewesen. Sie habe vor allem 1989 in vorbildlicher Weise gehandelt. Mit ihrem Angebot der Friedensgebete und dem Aufrufen zum friedlichen Protest habe sie eine wichtige Plattform für Unmut und Kritik am DDR-System geschaffen und somit zum Fall der Mauer und des Unrechtsregimes nicht unerheblich beigetragen.

„Weil Gott in Jesus Christus Mensch geworden ist und damit gezeigt hat, dass alle Menschen seine geliebten Kinder sind, wird sich auch die Kirche für das Wohl und die Würde jedes einzelnen Menschen einsetzen müssen“, so Dr. Blömer. Und weil der Staat für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden für alle Menschen zu sorgen habe, werde ihn die Kirche soweit wie möglich in dieser Aufgabe unterstützen. Dabei werde sie gerade ein Sprachrohr für die Menschen sein, die in Not seien.

„Die Kirchen müssen auch einen Raum geben für politische Debatten. Denn im Alltag geht es darum, die im Grundgesetz genannten Ziele umzusetzen“, betonte Dr. Blömer. Wie das genau zu geschehen habe, darüber gebe es unterschiedliche Meinungen. Die Kirche werde das respektieren müssen, und bei ihren Stellungnahmen müsse sie versuchen, Einseitigkeiten und Parteilichkeit vermeiden.

Wie politisch ist die Kirche heute?

In der öffentlichen Wahrnehmung höre man gelegentlich kurze Predigtaussagen von hohen kirchlichen Vertretern, die oft auch gerade überspitzt formuliert seien, „damit sie es in die Medien schaffen“. Damit grenze man allerdings Teile der Christenheit aus, „die eine andere Position haben“. Dadurch entstehe gelegentlich der Eindruck, die Kirche vertrete eher links-grüne Positionen. Wie stehe die Kirche nun zum Krieg in der Ukraine? Zu diesem Krieg höre man von kirchlichen Vertretern wenig öffentliche Äußerungen. Es gehe darum, einen „gerechten Frieden“ herzustellen und zu sichern. Dafür seien bevorzugt nichtmilitärische Mittel einzusetzen. Wenn das nicht ausreichend sei, dann seien als äußerstes Mittel auch militärische Maßnahmen gerechtfertigt. Von den meisten kirchlichen Vertretern werde das Recht auf Selbstverteidigung für die Ukraine anerkannt. Und somit werde auch der Lieferung von Waffen an die Ukraine nicht widersprochen. Allerdings werde das eher verhalten zum Ausdruck gebracht. „Und an dieser Stelle muss man die Geschichte berücksichtigen. Es gab einfach in der Vergangenheit von kirchlichen Vertretern zu viel wortgewaltige Unterstützung für Kriege. Das will man nicht wiederholen“, betonte der Referent.

Und wie gehe die Kirche mit dem Thema „Bewahrung der Schöpfung“ um? Dieses Thema sei ohne Zweifel ein wichtiges Anliegen. Ein Grund für den Klimawandel seien die Techniken, die man nutze und durch die viel CO₂ freigesetzt werde. In der Bibel heiße es: „Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte“ (1. Mose 2, V. 15). Neben dem Bewahren der Schöpfung stehe hier auch der Auftrag, die Erde zu bebauen. Die Erforschung der Natur, die Nutzbarmachung ihr Vorkommen und der technische Fortschritt habe den Menschen viel Wohlstand gebracht. Dadurch seien die Lebensverhältnisse vieler Menschen verbessert worden. Aber man müsse auch darauf schauen, dass die Erde dabei bewahrt werde. Denn sie gehöre nicht uns, sondern sei uns von Gott anvertraut. Wie dies am besten gelinge, darum müsse gerungen werden. Die Kirche kenne nicht den Königsweg. Ob dabei die Solidarisierung mit der „Letzten Generation“ hilfreich sei, wie bei der EKD-Synode geschehen, könne man hinterfragen. „Die Kirche als bedeutender Teil der bundesdeutschen Gesellschaft kann gar nicht unpolitisch sein. Vor allem, wenn es um die Würde des Menschen geht, wird sie gefragt sein und Position beziehen müssen“, so der Superintendent.

(Albert Rathjen/Dr. Michael Blömer)

„Das C, der unverzichtbare Kern der CDU“

EAK-Hannover

Der alte Vorsitzende ist auch der neue: **Kurt Müller** erhielt auf der turnusmäßig stattfindenden Vorstandswahl für zwei weitere Jahre das Vertrauen der Mitglieder des EAK in der Region Hannover. Damit beginnt für ihn die siebte Amtsperiode, nachdem er 2010 erstmals mit der Leitung des Evangelischen Arbeitskreises betraut wurde. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden **Dr. Katja Sommer** neu und **Michael Looß von Hülst** wieder gewählt.

Die Beisitzer **Brigitte Buggle**, **Prof. Dr. Volker Deville**, **Daniel von dem Knesebeck**, **Dr. Stefanie Matz**, **Johannes Rathje** und **Dr. Sven-Alexander van der Wardt** komplettieren den neuen Vorstand.

In seinem zuvor gehaltenen Vorstandsbericht hob Müller die beeindruckende Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Pfarrer **Rainer Eppelmann** in der hannoverschen Apostelkirche hervor, die unter dem Motto stand: *31 Jahre Wiedervereinigung – 31 Jahre Deutsche Einheit*. „Diese Veranstaltung war ein echtes Highlight und hat uns als EAK auch eine starke Medienresonanz beschert. Mit Rainer Eppelmann erlebten wir einen authentischen und wortgewaltigen Zeitzeugen.“

Der Generalsekretär der niedersächsischen CDU, **Dr. Marco Mohrmann MdL**, widersprach entschieden Bestrebungen, das C(hristliche) im Parteinamen der CDU zu tilgen. In seinem Vortrag unter der Überschrift *„Das C, der unverzichtbare Kern der CDU“* stellte er klar, dass das C – das christliche Menschenbild – die Klammer sei, die die liberalen, sozialen und konservativen Strömungen in der CDU miteinander verbinde. „Das C ist das Alleinstellungsmerkmal und der Identitätskern unserer Partei. Geben wir das C auf, geben wir diese Partei auf!“

Nach dieser deutlichen Positionsbeschreibung forderte Mohrmann vielmehr, das C im politischen Handeln wieder größer und sichtbarer zu machen. Angesichts der aktuell großen gesellschaftlichen Herausforderungen sehnten sich die Menschen nach Orientierung. Politisches Handeln aus dem christlichen Menschenbild heraus könne diese Orientierung vermitteln. Die aus dem christlichen Glauben implizierten Werte müssten klar benannt, gelebt und für die Menschen auch politisch sicht- und erfahrbar werden. Mohrmann: „Dies bedeutet, für unsere Werte auch die Konfrontation zu suchen. Die Maxime, offen für alle zu sein, hat sich nicht bewährt.“

In diesem Kontext ging der Generalsekretär auch auf die Politik der AFD ein und erklärte, wer, wie diese Partei die Bewahrung der Schöpfung ignoriere, NATO und EU nichts abgewinnen könne oder auch dem Despoten Putin das Wort rede, sei eben nicht dem Konservatismus verpflichtet. *(Michael Looß v. Hülst)*



v.l.n.r.: die stellvertretenden Vorsitzenden Michael Looß v. Hülst und Dr. Katja Sommer, den Generalsekretär der CDU Niedersachsen, Dr. Marco Mohrmann MdL, und den Vorsitzenden Kurt Müller

Impressum

Meinungen und Informationen
aus dem Evangelischen Arbeitskreis
der CDU/CSU

Herausgeber
Thomas Rachel, Henning Aretz,
Dirk Heuer, Sabine Kurtz,
Christine Lieberknecht, Barbara Becker

Redaktion
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Michelle Zurek
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cdu.de

Spenden-Konto
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren
Thomas Rachel MdB
Elisabeth Motschmann
Wolfgang Reeder
Gunter Stemmler
Sybille Möller-Fiedler
Albert Rathjen/Dr. Michael Blömer
Michael Loos van Hülst

Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

Fotonachweis
Titelbild: © istock/Fug4s
S. 2: © Tobias Koch
S. 3: © istock/sdominick
S. 4: © Motschmann
S. 5: © istock/Tero Vesalainen
S. 8: © istock/menuha
S. 9: © Reeder
S. 10: © istock/wrangel
S. 11: © Stemmler
S. 12: © Möller-Fiedler
S. 13: © Rathjen
S. 15: © Loss van Hülst
S. 16: © istock/Mimadeo

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise –
nur mit Genehmigung der Redaktion und
mit Quellenangabe gestattet. Ein Beleg-
exemplar wird erbeten. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge stellen die Meinung
des Verfassers dar, nicht unbedingt die
der Redaktion oder der Herausgeber.
Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer
facebook-Seite!

 Druckprodukt mit finanziellem
Klimabeitrag
ClimatePartner.com/1854-2402-1004



Meditation



„Prüft alles und behaltet das Gute“

(1. Thess. 5,21)

Gott ist es, der uns beauftragt. Er beauftragt uns durch sein lebendiges Wort. Und wir sollen tatkräftig Zeugnis in und für diese Welt ablegen. Gott will keine Marionetten. Er sucht in uns als seinen geliebten Geschöpfen die Mitstreiter für sein Heil.

Die christliche Glaubensnachfolge ist darum gewiss auch kein geringer Anspruch an uns. Aber wir dürfen uns vor allem anderen seines heilsamen göttlichen Zuspruches gewiss sein! Solange wir auf Gottes Wort trauen und seinem Evangelium glauben, haben wir einen klaren Marschkompass für unsere irdische Wanderschaft. Einen Kompass, der uns hilft, auch in unübersichtlich werdenden Zeiten und im verschlungenen Dickicht aller möglichen Wegkreuzungen und Straßen des Lebens nicht die Orientierung und nicht das Ziel aus den Augen zu verlieren.

Und die Verantwortung der Politik liegt genau darin, immer wieder genau abzuwägen und sorgfältig und gewissenhaft zu prüfen, welche Entscheidung wohl am Ende die beste und richtige ist. Gott mutet uns hier gewiss etwas zu, aber er traut uns zu, ja er ermutigt uns dazu, in seinem Namen und Auftrag selbst verantwortliche Beurteilungen und Entscheidungen zu treffen. Das Wort Gottes ist und bleibt der rechte Kompass im Marschgepäck für ausnahmslos alle Dinge in unserem Leben, die wir verantwortlich zu prüfen und zu beurteilen haben!

Thomas Rachel MdB,
EAK-Bundesvorsitzender